

# AK-Präsident Tumpel: jetzt Investitionen in Bildung

„Bildung zahlt sich aus – für den Einzelnen und für den Staat“, sagt AK Präsident Herbert Tumpel mit Verweis auf die heute veröffentlichte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“. Die Studie zeigt, dass der Staat durch Sozialabgaben und Steuern ein Vielfaches seiner Bildungsinvestitionen wieder hereinbekommt. „Das macht klar, dass die Mittel deutlich effizienter verwendet werden müssen. In wichtigen Zukunftsbereichen wie Bildung und Forschung muss genug Geld vorhanden sein und die Qualität ausgeweitet werden, denn gerade in der Krise sind gut gebildete Menschen zentral“, so Tumpel.

Dabei besteht in Österreich aber noch massiver Nachholbedarf. Im Jahr 2008 nahmen nur 79 Prozent der 15 bis 19 Jährigen an einer Form von Ausbildung teil. Österreich liegt hier unter dem OECD-Durchschnitt mit 92 Prozent. Bei den 20 bis 29 Jährigen sind es 22 Prozent, die in einer Ausbildung stehen, auch das ist weit unter dem OECD-Durchschnitt mit 25 Prozent. „Hier muss sich endlich etwas tun – niemand sollte ohne Ausbildung aus dem Schulsystem ausscheiden“, betont Tumpel.

Bei der AkademikerInnenquote ist der Nachteil Österreichs im Vergleich mit der OECD besonders alarmierend. Wenn man die bereinigte Studienabschlussquote eines Altersjahrgangs, also jene Quote ohne ausländische Studierende heranzieht, befindet sich Österreich mit nur 22,5 Prozent auf dem fünft schlechtesten Platz innerhalb der OECD. Nur die Türkei, Mexiko, Chile und Griechenland haben noch niedrigere AkademikerInnenquoten. „Wir brauchen mehr statt weniger Akademikerinnen und Akademiker. Zugangsbeschränkungen wären also der falsche Weg. Stattdessen wäre es höchst an der Zeit die Universitäten mit ausreichend budgetären Mitteln auszustatten, den Fachhochschulsektor auszubauen und das

Stipendiensystem auszuweiten, denn Bildung steht allen zu“, so Tumpel.

Die AK fordert daher dringende Reformen im Bildungsbereich:

+ eine gemeinsame Schule im Bereich der Mittelstufe (AHS und Hauptschule) als Ziel für alle Kinder,

+ verstärkten Ausbau der Ganztagsbetreuungsangebote und individuelle Förderung für alle Kinder,

+ eine Ausbildungsgarantie im Bereich der berufsbildenden Schulen,

+ freien Zugang zu Hochschulbildung, der von sozialen Maßnahmen (Schülerbeihilfen, Studienbeihilfen etc.) flankiert sein muss,

+ und die ausufernden privaten Ausgaben für Bildung (zB Nachhilfe) müssen durch Reformen wie Kurssystem statt Sitzenbleiben, ein Recht auf Förderunterricht und Ganztagsbetreuung eingedämmt werden.

zur OTS